



COVID-19 – Newsletter 37

10.06.2020

Noch immer stehen im Zentrum der derzeitigen Bemühungen der Städte und Gemeinden die drei Handlungsfelder:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig.

Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen. Städten und Gemeinden kam eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung zu.

Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden. Nunmehr beginnt die zweite, ebenso bedeutsame und fordernde Phase des „Hochfahrens“ aller kommunalen Leistungen. Auch in den Mitgliedsstädten und -gemeinden des Österreichischen Städtebundes beginnt wieder der kommunale Alltag – wenn auch auf eine ganz neue Art und Weise.

Die wirtschaftlichen Folgen der notwendigen und erfolgreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung der Fallzahlen wirken sich bereits jetzt auf die Gemeinden aus. Für die Ertragsanteile, insbesondere in den Sommermonaten 2020, ist mit weiteren Einbrüchen, aber auch mit den sonstigen Erträgen der Gemeinden, wie der Kommunalsteuer, zu rechnen. Unsere derzeitige Priorität gilt der Sicherung der Liquidität der Städte und Gemeinden. Aber auch die, mit der Pandemie untrennbar verbundenen, organisatorischen, rechtlichen und sozialen Fragen beschäftigen uns in den letzten Tagen vermehrt. Genauso wie in der ersten Phase, werden die Städte und Gemeinden auch weiter auf die Unterstützung des Österreichischen Städtebundes zählen können. Der folgende Newsletter soll – wie bereits bisher – ein Begleiter im kommunalen Alltag sein und über derzeitige Entwicklungen und Problemlagen informieren sowie Maßnahmen, die bereits von einzelnen Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen und Unternehmen gesetzt wurden, sammeln und aufzeigen.

Wie bereits kommuniziert, wird der COVID-19-Newsletter des Österreichischen Städtebundes nunmehr in größeren zeitlichen Abständen bzw. anlassbezogen erscheinen. Für tagesaktuelle Informationen möchten wir Sie auf die COVID-19-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen

(https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite)

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gehen wir es wieder an.

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:

https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Grafik: Stadt Wien

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Leitfaden für Ferienbetreuungsangebote sowie Plattform zur Bündelung der Angebote.....	3
3. Drittel der Verstorbenen aus Alters- und Pflegeheimen	4
4. Ministerium veröffentlicht neue Empfehlungen für Alters- und Pflegeheime	5
5. Wie Demonstrationen künftig ablaufen sollen.....	6
6. Regierung geht in Arbeitsklausur, schnürt drei Pakete	6
7. Betroffenheit und Reaktionen der österreichischen Kommunen in der COVID-19 Pandemie – Working Paper der FH Kärnten	6
8. Studie bestätigte Schutzwirkung von Masken.....	7
9. OECD - Österreichs BIP schrumpft 2020 um 6,2 Prozent.....	7
10. Seit April Viertel der Soforthilfe-Anträge abgelehnt	8
11. Anträge gemäß § 32 Epidemiegesezt - Zehntausende Entschädigungsanträge bei Bezirksbehörden.....	8
12. Digitaler Wandel in Städten und Gemeinden (auch) aufgrund Corona COVID-19	9
13. Änderungen im Insolvenzrecht	10
14. ECOVIS Update zu Härtefall-Fonds, Fixkostenzuschuss und Gewinnfreibetrag	10
15. Studie erhebt Technikgebrauch bei Einsamkeit während der Pandemie.....	10
16. ÖGfE Policy Brief: "The gender pension gap in Austria and Europe"	11
17. Handwerk und Gewerbe fordern stärkere Impulse	11
18. Deutschland: Corona-Warn-App kommt in wenigen Tagen.....	11
19. Italien: Fast sechs von zehn BürgerInnen in Bergamo immun gegen Virus.....	11
Aus den Bundesländern	13
1. Beschränkungen in Vorarlberger Pflegeheimen aufgehoben.....	13
2. OÖ: Mehr Bedarf an Sommerbetreuung: Gemeinden sollen Angebote erweitern	13
3. Antikörpertest-Studie in Reichenau an der Rax	13
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden sowie Anfragen und Interna.....	14
1. Stadt Wien präsentiert Corona-Ausbildungspaket.....	14
2. Kärnten: BürgermeisterInnenkonferenz der Volkspartei stellt 7 Forderungen	15
3. CoV-Abwassercheck in Innsbrucker Klinik und Altersheim.....	15
4. Gemeinderatswahl Steiermark: Appell an alle Wahlberechtigten vom Wahlrecht Gebrauch zu machen.....	16
5. Steiermark: Corona-Krise und die Auswirkungen auf die Gemeinden	16
6. 5G-Roboter in Linzer SeniorInnenheim misst Fieber und erinnert an Maske.....	17
7. Vereinigte Bühnen Wien starten Spielbetrieb ab Herbst 2020	18
Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel	19
1. Europäische Kommission: neues Arbeitsprogramm 2020 aufgrund cov19	19
2. Europäisches Parlament.....	19
3. Europäische Zentralbank (EZB): Erhöhung des Pandemie-Notkaufprogramms auf 1,35 Billionen Euro	20
4. Rat der EU	20



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **5. Juni 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 255/2020](#)

Section Control-Messstreckenverordnung A 21 – 2020

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **8. Juni 2020** herausgegeben:

[BGBl. I Nr. 45/2020](#)

Änderung des Geschäftsordnungsgesetzes 1975

[BGBl. I Nr. 47/2020](#)

Bundesfinanzrahmengesetz 2020 bis 2023 – BFRG
2020-2023

[BGBl. I Nr. 46/2020](#)

Bundesfinanzgesetz 2020 – BFG 2020 samt Anlagen

[BGBl. II Nr. 256/2020](#)

Änderung der Verordnung betreffend die Schulordnung

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **9. Juni 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 257/2020](#)

Festsetzung von Hundertsätzen für die Bemessung von
Kaufkraftausgleichszulagen für im Ausland verwendete
Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes

[BGBl. II Nr. 259/2020](#)

Entlassung bestimmter Wehrpflichtiger aus dem
Einsatzpräsenzdienst

[BGBl. II Nr. 258/2020](#)

SQM-Weiterbildungsverordnung

[BGBl. II Nr. 260/2020](#)

Entlassung von Wehrpflichtigen aus dem
Aufschubpräsenzdienst

2. Leitfaden für Ferienbetreuungsangebote sowie Plattform zur Bündelung der Angebote

„Wir haben klargestellt, dass Sommercamps und andere Ferienbetreuungsangebote stattfinden können. Doch Eltern stehen nun vor der Herausforderung, rasch eine geeignete Ferienbetreuung für ihre Kinder zu finden. Auch dabei wollen wir unterstützen. Wir bringen Eltern und Anbieter zusammen und bieten eine Plattform für Angebote in ganz Österreich“, sagt Familien- und Jugendministerin Christine Aschbacher.

Interessierte Eltern können nun unter www.bmafj.gv.at/ferienbetreuung nach unterschiedlichen Kriterien wie Bundesland, Budget und Betreuungszeit (ganztags, vormittags, nachmittags, mit Übernachtung) suchen und so rasch das passende Angebot finden. Anbieter von Ferienbetreuung können sich auf der Plattform registrieren und ihre Angebote eintragen. Nach der Freischaltung werden die Projekte in der Liste der Ferienbetreuungsangebote angezeigt. Die Eintragung ist kostenlos.

Leitfaden für Feriencamps

Um sowohl die Anbieter von Ferienbetreuung als auch Eltern, Kinder und Jugendliche bestmöglich zu informieren, stehen auf der Webseite des Familienministeriums ein Leitfaden für Feriencamps sowie FAQs für Jugendliche und Jugendarbeit zur Verfügung. Die Möglichkeit der Ferienbetreuung im Sommer wurde mit der 2. COVID-19-Lockerungsverordnung sichergestellt. Folgende Regeln müssen dabei eingehalten werden:



- Der 1-Meter-Abstand ist weiterhin einzuhalten.
- Bei Übernachtungen in Gemeinschaftsschlafräumen muss ein Mindestabstand von 1,5 Meter eingehalten werden. Oder es sind Maßnahmen zur räumlichen Trennung zu setzen - zum Beispiel durch Trennwände.
- Es gelten Obergrenzen für die TeilnehmerInnenzahl:
- Grundsätzlich sind 100 TeilnehmerInnen erlaubt.
- Wenn es zugewiesene und gekennzeichnete Sitzplätze gibt, sind ab Juli in geschlossenen Räumen Veranstaltungen mit bis zu 250 Personen zulässig, im Freiluftbereich bis zu 500 Personen.
- Ab August sind bis zu 500 Personen in geschlossenen Räumen zulässig, im Freien bis zu 750 Personen.
- BetreuerInnen müssen nicht in diese Höchstzahl eingerechnet werden.

„Gibt es auf einem Sommercamp zwei getrennte Gruppen mit je 70 Kindern, können tagsüber verschiedene Aktivitäten wie Abenteuerspiele im Freien angeboten werden. Dabei kann auch der 1-Meter-Abstand leicht eingehalten werden. Am Abend könnten sich die beiden Gruppen zum Showabend oder zum Kino unter Sternen treffen. Wenn es hier zugewiesene und gekennzeichnete Sitzplätze gibt, dürfen auch mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei sein“, gibt die Ministerin ein Beispiel.

Den Leitfaden finden Sie in **Beilage1** sowie unter folgendem Link: <https://www.bmafj.gv.at/Services/News/Coronavirus/Leitfaden-f%C3%BCr-Ferienamps---Jugendarbeit.html>

SchülerInnenfreifahrt während der Summer-School

„Für die Summer-School wird es eine Schülerfreifahrt geben“, betont Aschbacher. Die öffentlichen Verkehrsmittel stehen allen SchülerInnen zum Erreichen ihrer Schule kostenlos zur Verfügung. „Einen großen Dank an die Verkehrsverbünde, die diese einfache und unbürokratische Lösung ermöglicht haben“, so Aschbacher. Für jene SchülerInnen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht in die Schule kommen, wird ein Gelegenheitsverkehr gemäß den allgemeinen Richtlinien für SchülerInnenbeförderung im Gelegenheitsverkehr eingerichtet.

3. Drittel der Verstorbenen aus Alters- und Pflegeheimen

BewohnerInnen von Alten- und Pflegeeinrichtungen machen ein Drittel der insgesamt in Österreich an Covid-19 Verstorbenen aus. Unter den bisher 646 Corona-Toten waren 222 BewohnerInnen von Betreuungseinrichtungen, wie es am Dienstag bei einer Studienpräsentation hieß. Bei aller Tragik seien diese Entwicklungen im internationalen Vergleich positiv zu bewerten, so Gesundheitsminister Rudolf Anschober.

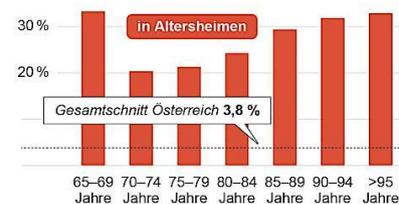
In einigen Ländern habe der Anteil der Bewohner aus Alten- und Pflegeeinrichtungen bis zu 60 Prozent der Gesamttodesfälle ausgemacht, sagte der Minister im Rahmen einer Pressekonferenz in Wien. Auf die bereits am Beginn der Pandemie bekannte besondere Bedrohung für diese gesellschaftliche Gruppe habe man mit Schutzkonzepten reagiert, die vor allem darauf abzielten, "Einschleppungen" von Fällen zu verhindern. Dies sei "durchaus beachtlich gelungen", trotzdem gab es auch hierzulande "viele Fälle", räumte Anschober ein.

Bis zum Montag (8. Juni) wurden unter den 16.868 in Österreich verzeichneten Covid-19-Infektionen 833 im Rahmen der Kontaktverfolgung und Clusteranalysen der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) Alten- und Pflegeeinrichtungen zugeordnet. Die Fallsterblichkeit in dieser Gruppe betrug demnach 26,7 Prozent. Insgesamt sind 0,3 Prozent aller Heimbewohner in Österreich bisher an Covid-19 verstorben, erklärte die Studienautorin Elisabeth Rappold von der Gesundheit Österreich GmbH.

Coronavirus – Opfer in Altersheimen

- 34,4 % aller an Covid-19-Verstorbenen in Österreich wohnten in einem Altersheim
- 26,7 % der Infizierten in Altersheimen starben an der Krankheit

Fallsterblichkeit – Anteil der Verstorbenen an Infizierten



Grafik: © APA, Quelle: AGES/Gesundheit Österreich GmbH

APA



Man habe gesehen, dass in der ersten Epidemie-Phase "viele Infektionen in Pflegeeinrichtungen" zu verzeichnen waren. Die strengen Hygienemaßnahmen ab Ende März hätten dazu beigetragen, dass die "Zahlen dann ausschleichend" waren und Ende April, Anfang Mai erste Lockerungen angestoßen werden konnten. Seither "ist es nur noch zu vereinzelt Infektionen gekommen", die nunmehrige Annäherung an die Normalität "steht auf guter Basis", sagte Rappold.

Aufgrund der unterschiedlichen Datenlage in verschiedenen Ländern könne man in dem Bereich nur einen "Vergleich mit Bauchweh" anstellen. Während in Österreich 0,3 und Deutschland 0,4 Prozent der Heimbewohner verstorben sind, sei dieser Anteil in Schweden mit zwei Prozent oder Belgien mit 3,7 Prozent deutlich höher, erklärte Rappold. Anschober hatte im April angekündigt, dass alle MitarbeiterInnen und Bewohner in Alters- und Pflegeheimen getestet werden. 918 solche Einrichtungen gibt es in Österreich, die Anzahl der BewohnerInnen und MitarbeiterInnen belaufe sich auf insgesamt um die 130.000 Menschen, sagte der Minister bei der Ankündigung der groß angelegten Testungen. Dieses Screeningprogramm dauere noch an, berichtete Anschober am Dienstag. Noch seien nicht alle Bundesländer mit den Testungen fertig. Bisher wurden österreichweit 26.000 BewohnerInnen und 27.000 MitarbeiterInnen getestet, bei knapp 800 BewohnerInnen und knapp 400 MitarbeiterInnen seien die Tests bisher positiv ausgefallen.

4. Ministerium veröffentlicht neue Empfehlungen für Alters- und Pflegeheime

Gesundheitsminister Rudolf Anschober stellte am Dienstag auch neue Lockerungsempfehlungen in Alters- und Pflegeheimen vor, die nun auf der Homepage des Ministeriums abrufbar sind. Das Ziel sei eine "schrittweise Rückkehr zu einer möglichst normalen Lebenssituation". Die neuen Empfehlungen seien ein "großer Schritt in Richtung Normalisierung", so Bundesminister Anschober.

Es gelte aber weiter, Hygienepläne und die allgemeinen Schutzmaßnahmen wie das Abstandhalten oder den Verzicht auf das Händeschütteln oder Umarmungen einzuhalten. Die Einrichtungen seien auch weiter gefordert, "individuelle Risikoabschätzungen" vorzunehmen und eigene Konzepte für ihre Standorte zu erarbeiten. Zu einer weiteren Normalisierung soll es auch bei den Besuchszeiten kommen, Kinder dürften nun wieder bei einem Besuch dabei sein. Auch die Heimvertretungen könnten ihrer Tätigkeit wieder ungehindert nachgehen, so der Minister. Er gehe davon aus, dass "die (auch für Einrichtungen im Bereich der Behindertenhilfe neu formulierten, Anm.) Lockerungen auch gelebt werden", verwies jedoch darauf, dass man diese wieder überdenken könne, wenn sich das Infektionsgeschehen verschlechtere oder Infektionscluster vermehrt auftreten.

Die „Empfehlungen zur schrittweisen Rückkehr zum Alltag in Alten- und Pflegeheimen und teilstationären Einrichtungen ab 9. Juni 2020“ des BMSGPK finden sie in **Beilage2** sowie unter folgendem Link: <https://www.sozialministerium.at/Informationen-zum-Coronavirus/Coronavirus---Fachinformationen.html>

Diakonie: Isolation schützt und schadet gleichzeitig

Für die Direktorin der Diakonie Österreich, Maria Katharina Moser, hat sich durch den Lockdown, aber auch die Lockerungen eine "massive Dilemmasituation" für die Betreiber der Einrichtungen ergeben. Die gesetzten Maßnahmen waren zwar "wichtig und richtig", hätten aber natürlich auch die Isolation verschärft. Eine solche Situation "verletzt die Seele" und demente Menschen können solche Vorkommnisse oft gar nicht verstehen. Wenn etwa beruhigende Besuche von Angehörigen wegfallen und Behandlungen nicht durchgeführt werden können, verschlechtere das auch die Situation insgesamt. Der "Kontakt per Skype ist nicht derselbe", zitierte Moser eine Angehörige. Die nun vorgestellte Studie zu Covid-19 in Alters- und Pflegeheimen "hat uns klüger gemacht", nun brauche es aber auch eine Studie zu Langzeitfolgen. In punkto Gewährung von Freiheiten werde man leider "ohne Impfstoff immer etwas schuldig bleiben", sagte Moser, die vor einer wiederkehrenden "Medikalisierung" des Bereiches warnte. Hinsichtlich einer etwaigen zweiten Infektionswelle widersprach Moser Stimmen, die eine Art selektiven Lockdown für Risikogruppen in den Raum stellen: Ein Wegsperrern von älteren Menschen "wäre eine moralische Katastrophe".



5. Wie Demonstrationen künftig ablaufen sollen

Nach den Problemen beim Einhalten der Corona-Vorsichtsmaßnahmen bei Großdemos in Wien haben die Teilnehmer eines Runden Tisches im Gesundheitsministerium am Montag zu klären versucht, wie der Pandemieschutz auch bei Demonstrationen gewährleistet bleiben kann. Bereits im Vorfeld sollen im Einvernehmen mit den VeranstalterInnen logistische Lösungen gefunden werden, dass der Mindestabstand von einem Meter eingehalten werden kann. Dies könnten etwa alternative Routen oder eine bessere Platzwahl sein. Dennoch hat etwa die Demonstration am Donnerstag gezeigt, dass dies nicht immer möglich ist: Hier kamen nämlich anstatt der geplanten 2.000 TeilnehmerInnen 50.000. In solchen Fällen, bei denen der Mindestabstand von einem Meter nicht eingehalten werden kann, soll daher künftig - analog zu den Regeln bei der Benutzung der Öffis - eine Nasen-Mundschutz-Pflicht gelten.

Wiens Vizebürgermeisterin Brigitte Hebein sprach sich dafür aus, dass man "das Recht auf Versammlungsfreiheit nicht gegen das Recht auf Gesundheit" ausspielen sollte. Die Stadt Wien unterstütze daher den Plan Anschobers. Wie der Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker betonte, sollen die Vorschläge von Juristen schon in den kommenden Tagen in eine Rechtsform gegossen werden, die dann beschlossen werden kann.

Die Umsetzung dieser Schritte ist für den Wiener Landespolizeipräsidenten Gerhard Pürstl machbar. Schon jetzt sei die enge Abstimmung mit den Veranstaltern "gang und gäbe". Pürstl ging auch davon aus, dass sich die TeilnehmerInnen der Demonstrationen an die neuen Regeln halten werden. In einzelnen Fällen könnten aber auch Anzeigen verhängt werden.

Kritik, dass die neuen Regeln nicht auch für BetreiberInnen von Nachtlokalen gelten, wies Anshober zurück. Das seien wichtige wirtschaftliche Interessen, Demonstrationen würden als Grundrecht aber prioritär behandelt werden.

6. Regierung geht in Arbeitsklausur, schnürt drei Pakete

Die Bundesregierung geht kommende Woche (15. bis 19. Juni) in Arbeitsklausur und will dort drei - teils schon mehrfach angekündigte - Maßnahmenpakete finalisieren. Ziel sei es, die massiven wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie bestmöglich abzufedern, hieß es am Sonntag in einer knappen schriftlichen Mitteilung.

In einem ersten Paket gehe es um Rettungsmaßnahmen für besonders betroffene Bereiche - Gastronomie, Tourismus, Reisebranche, Kulturschaffende und Veranstalter. Bundeskanzler Sebastian Kurz hat hier am Sonntag eine temporäre generelle Mehrwertsteuersenkung etwa für die Gastronomie ventiliert.

Ein weiteres Paket solle eine Entlastung für ArbeitnehmerInnen, zur Konjunkturbelebung und zur Armutsbekämpfung betreffen. Beim dritten Paket geht es laut Bundeskanzleramt, das sich auf beide Koalitionspartner berief, um Investitionen in Wirtschaft, Ökologisierung und Regionen. Stattfinden wird die Klausur im Kanzleramt.

7. Betroffenheit und Reaktionen der österreichischen Kommunen in der COVID-19 Pandemie – Working Paper der FH Kärnten

Seitens der FH Kärnten wurde eine aktuelle Umfrage zum Umgang österreichischer Gemeinden und Bezirke zur COVID-19 Pandemie veröffentlicht. Diese zeigt ein positives Bild der Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Behörden in der aktuellen Situation. Die befragten Mitarbeitenden der Verwaltungen gehen in der überwiegenden Mehrheit davon aus, dass die Umstellungen und Einschränkungen durch die Pandemie gut verkraftet werden können, die jeweiligen Behörden weiterhin effektiv und effizient handeln. Mittelfristig wird von einem großen Teil der Befragten sogar mehr Innovationsfähigkeit im Zuge der Krise erwartete.

Mehr dazu in **Beilage3**



8. Studie bestätigte Schutzwirkung von Masken

Eine Studie hat die Schutzwirkung von Masken gegen das Coronavirus bestätigt. Die allgemeine Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, zum Beispiel beim Einkaufen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln, trage offenbar deutlich zur Eindämmung der Corona-Pandemie bei, teilte die Johannes Gutenberg-Universität Mainz am Montag mit.

WissenschaftlerInnen von vier Universitäten verglichen dafür die Entwicklung der Infektionszahlen im thüringischen Jena mit denen vergleichbarer Städte, wo die Maskenpflicht erst später eingeführt wurde. Jena hatte als erste Großstadt bereits am 6. April das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes zur Pflicht gemacht und damit wesentlich früher als in allen anderen Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands. Daraufhin stieg die Zahl der registrierten Infektionen in Jena nur noch schwach. Nach den Berechnungen der Forscher "tut sich eine signifikante Kluft zwischen den Fallzahlen in Jena und der Vergleichsgruppe ohne Maskenpflicht auf".

20 Tage nach der Einführung der Maskenpflicht in Jena sei die Gesamtzahl der dort registrierten Covid-19-Fälle lediglich von 142 auf 158 gestiegen, im Vergleichsmodell hingegen von 143 auf 205. In einem zweiten Schritt untersuchten die ForscherInnen die Entwicklung der Fallzahlen in den Städten und Kreisen, welche die Maskenpflicht mit 22. April eingeführt hatten, mit den Fallzahlen der Kommunen, die die Maskenpflicht erst zum 27. April oder später einführten. Auch hier zeigen sich signifikante Unterschiede.

"Zusammenfassend kann man sagen, dass die Einführung der Maskenpflicht in den jeweiligen Kreisen zu einer Verlangsamung der Ausbreitung von Covid-19 beigetragen hat", erklärte Klaus Wälde von der Universität Mainz. Dieses Ergebnis stimmt mit der Einschätzung von EpidemiologInnen und VirologInnen überein, wonach ein Mund-Nasen-Schutz den Luftstrom beim Sprechen hemmt und dadurch die Übertragung infektiöser Partikel eingedämmt wird.

9. OECD - Österreichs BIP schrumpft 2020 um 6,2 Prozent

Die Wirtschaftsleistung Österreichs dürfte heuer um 6,2 Prozent schrumpfen. Kommt es im Herbst zu einer zweiten Welle der Coronapandemie, dann könnte das Minus sogar 7,5 Prozent betragen. Zu dieser Erwartung kommt die OECD in ihrer am Mittwoch veröffentlichten Prognose. Erstmals in ihrer 50-jährigen Geschichte hat sie dabei zwei Szenarien gerechnet, sagte OECD-Experte Dennis Dlugosch zur APA.

Die Zahlen seien zwar heftig, aber in Europa kommen nur Norwegen, Dänemark und Luxemburg besser durch die Krise, so Dlugosch. Schweden, das im Kampf gegen den Coronavirus einen deutlich liberaleren Weg gewählt hat, dürfte trotzdem vor einem Wirtschaftsrückgang um 6,7 Prozent stehen und damit etwas schlechter abschneiden als Österreich. Die schnelle Einführung der Kurzarbeit habe Österreich geholfen, sagt Dlugosch. Länder mit Kurzarbeit schneiden deutlich besser ab als andere, allerdings ist Österreich hier weniger erfolgreich als Deutschland und die Schweiz, weil die Wirtschaftsstruktur anders ist. Österreich hat besonders viel Bauwirtschaft und Fremdenverkehr, die von der Krise härter getroffen sind. Ein gutes Drittel der zusätzlichen Arbeitslosigkeit komme aus der Gastronomie und Beherbergung. Geholfen habe Österreich auch, dass das Land vor der Krise schwarze Zahlen schrieb, dadurch konnte nun ein größeres Rettungspaket geschnürt werden.

Lob gibt es auch für die Ankündigung, Teile der Steuerreform vorzuziehen. Allerdings weist der OECD-Experte darauf hin, dass ein Problem sei, dass Menschen, die schon jetzt keine Steuern zahlen, auch nicht entlastet würden. Darüber müsste man vielleicht noch einmal nachdenken. Jedenfalls sei dies besser als eine Mehrwertsteuersenkung, von der man nie wisse, was letztlich bei den Menschen ankommt. Außerdem urgiert Dlugosch weitere Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung, da sei Österreich nicht in der Spitzengruppe der OECD-Länder. Insbesondere bei mittelständischen Unternehmen sei die Lücke bei der Digitalisierung besonders groß.

Die OECD sagt im einfachen Szenario für Österreichs Wirtschaft nach dem Rückgang um 6,2 Prozent 2020 ein Wachstum von 4,0 Prozent 2021 voraus. 2022 könnte die Wirtschaft dann wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Die Binnennachfrage dürfte heuer um 4,7 Prozent zurückgehen und 2021 um 4,0 Prozent steigen. Exporte und Importe würden heuer um etwa neun Prozent sinken, 2021 aber um rund einen Prozentpunkt stärker zulegen. Das Budgetdefizit setzt die OECD heuer mit 7,3 Prozent und 2021 mit 3,2 Prozent der Wirtschaftsleistung an.



10. Seit April Viertel der Soforthilfe-Anträge abgelehnt

Viele KleinunternehmerInnen sind bei den Corona-Soforthilfen abgeblitzt. Das geht aus der vom Finanzministerium online veröffentlichten Bilanz des "Härtefallfonds" hervor, der über die Wirtschaftskammer abgewickelt wird. Demnach hat die Kammer fast 50.000 Anträge abgelehnt, seit Mitte April sogar ein Viertel. Die erfolgreichen FörderwerberInnen haben durchschnittlich 1.062 Euro erhalten.

Gründe für die Ablehnung waren laut Wirtschaftskammer unter anderem, dass die Identitätsfeststellung fehlschlug, dass keine gültige Sozialversicherung in der SVS vorlag oder dass die Einkünfte der AntragstellerInnen den Maximalbetrag von 2.000 Euro monatlich überstiegen. "Alle Ablehnungen basieren auf den Richtlinien der Bundesregierung", betonte die Kammer auf APA-Anfrage.

Der "Härtefallfonds" soll Einpersonunternehmen, freien DienstnehmerInnen und Kleinstunternehmen einen Teil ihrer Corona-bedingten Einbußen ersetzen. Sie erhalten maximal 2.000 Euro monatlich - und zwar für bis zu drei Monate im Zeitraum von Mitte April bis Mitte September. In Summe wären das also 6.000 Euro.

Wie viele UnternehmerInnen die maximale Fördersumme von 2.000 Euro bisher bekommen haben, geht aus der Aufstellung des Finanzministeriums nicht hervor. Die durchschnittlich ausgezahlten Summen liegen aber deutlich darunter. Künftig erwartet die Kammer etwas höhere Fördersummen, weil es ab Mitte Mai Verbesserungen gegeben habe.

Allerdings hat die Wirtschaftskammer auch 48.332 von insgesamt 284.067 eingebrachten Förderanträgen abgelehnt (17 Prozent), wobei der Großteil der Ablehnungen in der zweiten Förderphase erfolgte: Von Mitte April bis Mitte Mai wurde nämlich mehr als ein Viertel der Anträge abgewiesen. Zum Vergleich: Auch für Bauern hat die Regierung einen Härtefallfonds mit ähnlichen Kriterien eingerichtet, der über die Agrarmarkt Austria (AMA) abgewickelt wird. Die AMA hat bis Mitte April (in der "Phase 1") allerdings keinen einzigen der 2.904 Anträge abgelehnt. Ausgezahlt wurden durchschnittlich 826 Euro. Für die zweite Förderphase der AMA lässt der Bericht noch keine Rückschlüsse zu, weil Stand 15. Mai noch keiner der 3.365 Anträge aus "Phase 2" erledigt worden war. Mittlerweile wurden laut AMA aber mehrere hundert Anträge ausgezahlt bzw. zur Auszahlung freigegeben.

Für Kurzarbeit wurden bis 15. Mai 10 Mrd. Euro an Beihilfen genehmigt. Ein Drittel davon erhalten die MitarbeiterInnen von Industrieunternehmen (3,2 Mrd. Euro), dahinter folgen Autohandel und Werkstätten (2,1 Mrd. Euro) sowie BauarbeiterInnen (1,3 Mrd. Euro). Wie viel nicht nur genehmigt, sondern tatsächlich ausgezahlt wurde, geht aus dem Bericht nicht hervor. Die Summe dürfte aber überschaubar sein: Die Budgetbilanz bis inklusive April beziffert die Zusatzausgaben für Kurzarbeit mit 38,6 Mio. Euro.

11. Anträge gemäß § 32 Epidemiegesetz - Zehntausende Entschädigungsanträge bei Bezirksbehörden

Das Gesundheitsministerium will zusammen mit dem Finanzministerium noch im Juni 2020 "Orientierungshilfen" für die Bezirkshauptmannschaften erarbeiten, wie die Verdienstentgänge gemäß Epidemiegesetz bemessen werden können. Betriebe, die vor dem 16. März 2020 durch eine Verordnung nach dem Epidemiegesetz zusperren mussten oder Verdienstentgang hatten, können bei den zuständigen Bezirkshauptmannschaften um Entschädigung ansuchen.

Nach dem 16. März hebelte das von der Regierung erlassene Covid-19-Maßnahmengesetz das Epidemiegesetz und somit die Entschädigungsansprüche aus. Die Zahl der Anträge ist dennoch enorm und geht in die Zehntausenden. Sie bringen die betroffenen Bezirksbehörden an ihre Belastungsgrenzen. Allein in Tirol haben rund 15.000 UnternehmerInnen um Entschädigung angesucht. Manche auch mehrfach, wie es seitens des Landes heißt, allerdings werden diese als ein Geschäftsfall gezählt. Um welche Summen es dabei geht, ist nicht zu erfahren. In Vorarlberg sind 3500 Anträge eingereicht worden. Man spricht von einem dreistelligen Millionenbetrag, allein die Anträge der 800 Beherbergungsbetriebe machen rund 45 Millionen Euro aus, berichtete der ORF.

Bei den Bezirkshauptmannschaften und beim Magistrat Salzburg sind 4500 Anträge eingelangt. In der Steiermark sprechen die Behörden von "hundert Anträgen", genauere Angaben gibt es noch nicht.



In Kärnten wiederum – so die Auskunft der Landesregierung – werde die Zahl der Anträge aktuell noch erhoben. Allerdings gibt es schon aus Klagenfurt eine Summe bezüglich der Forderungsmeldungen, die sich auf rund 22,5 Millionen Euro belaufen.

Gut 1500 dieser UnternehmerInnen haben sich beim Prozessfinanzierer Padronus gemeldet, um sich dessen Sammelklage anzuschließen. Allerdings, so Geschäftsführer Richard Eibl, hätten nur 500 die dafür nötigen Kriterien erfüllt. Ihre Ansprüche will er nun vertreten. Dabei gehe es um durchschnittlich 30.000 Euro pro Betrieb. Der Ball liegt nun beim Gesundheitsministerium, das zusammen mit dem Finanzministerium noch im Juni "Orientierungshilfen" für die Bezirkshauptmannschaften erarbeiten will, wie die Verdienstentgänge gemäß Epidemiegesezt bemessen werden können. Dies sei vor dem Hintergrund der anderen in Covid-Gesetzen geregelten Entschädigungen und Zuschüsse nötig, um "möglichst einheitliche Interpretationen im Vollzug durch die Länder unterstützen zu können", heißt es dazu aus dem Gesundheitsministerium.

"Es soll bundesweit eine einheitliche Vorgehensweise abgestimmt werden, damit alle Rechtssicherheit haben", sagt ein Sprecher der Salzburger Landesregierung. Man wolle damit auch eine Ungleichbehandlung von Betrieben in verschiedenen Bundesländern vermeiden.

Sobald die Richtlinien erarbeitet sind, werde man mit der Bescheidausfertigung beginnen. Der Personalaufwand wird enorm, da einzelne Bezirkshauptmannschaften mehr als tausend Fälle zu bearbeiten haben.

Der Prozessfinanzierer Padronus will sein weiteres Vorgehen von der Berechnung des Schadenersatzes abhängig machen. Liegt er signifikant unter Hälfte des Einkommens des Vorjahres, werde man weiterklagen.

Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000117919631/wegen-corona-geschlossen-zehntausende-entschaedigungsantraege-bei-bezirksbehoerden>

Auch der Österreichische Städtebund wies in einem Schreiben an den Minister sowie an die zuständige Abteilung im Gesundheitsministerium auf die Problematik der sich ansammelnden Anträge nach § 32 Epidemiegesezt hin und ersuchte insbesondere um die rasche Bekanntgabe entsprechender Vollzugsregelungen.

12. Digitaler Wandel in Städten und Gemeinden (auch) aufgrund Corona COVID-19

Die Corona-Pandemie hat der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft einen enormen Schub gegeben. Dabei stellt der digitale Wandel die Kommunen vor große Herausforderungen, bietet aber gleichzeitig auch viele Chancen. In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Europa kommunal“ 3/2020 zeigt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) im Schwerpunkt „Digitalisierung“ einige wichtige und aktuelle Themen auf – angefangen von der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen, der Plattformwirtschaft und der geplanten Regulierung von Open Data in Europa über die Nutzung von Standortdaten zur Eindämmung des Corona-Virus bis hin zur zunehmenden Digitalisierung der internationalen Zusammenarbeit von Kommunen und der Städtepartnerschaftsarbeit.

Mehr dazu in **Beilage4**

Cloudspeicher für Mitglieder des Österreichischen Städtebundes verfügbar

Bereits im Sommer 2019, also noch lange vor dem Corona-Shutdown, führte der Österreichische Städtebund eine Umfrage zum Bedarf an einem eigenen österreichischen, datenschutzkonformen Cloudspeicher nur für Städte und Gemeinden, durch. Zum Vorhaben gab es große Zustimmung. Mit der Gemeindecloud steht den österreichischen Städten und Gemeinden nunmehr ein von außereuropäischen Konzernen unabhängiger Cloudspeicher zur Verfügung. Aus der Corona-Krise heraus ergaben sich überdies auch neue Anforderungen wie etwa eine Webkonferenz-Lösung oder die Möglichkeit, für KundInnen Termine – z.B. für Parteienverkehrszeiten – zur Online-Buchung bereit zu stellen, die kurzfristig ebenfalls als Bausteine in die „gemeindecloud.at“ aufgenommen wurden.



Die „gemeindecloud.at“ steht - im Rahmen unserer im März gestarteten COVID-19-Hilfsaktion - allen Mitgliedern des Österreichischen Städtebundes bis Jahresende 2020 unentgeltlich zur vollinhaltlichen Nutzung zur Verfügung. Weitere Infos zur Gemeindecloud finden Sie im Rundschreiben Nr. 22/2020 des Österreichischen Städtebundes sowie unter folgendem Link: <https://www.it-kommunal.at/gemeindecloudat.html>

Der Cloudservice kann mit nachfolgendem Online-Formular oder direkt auf der Website der IT-Kommunal rasch und unbürokratisch bestellt werden:

https://www.amtsweg.gv.at/itk/start.do?jsessionid=2B694A3DFF5C3FE18007EF00A9E32F71?wfjs_enabled=true&vid=73039dd5258b9ccc&wfjs_orig_req=/start.do?generalid=GemCloud_Bestellung&txid=aa2250266cod10b07df6040be69c4e187ad435dc&vid=73039dd5258b9ccc&wfjs_orig_req=/start.do?generalid=GemCloud_Bestellung&txid=aa2250266cod10b07df6040be69c4e187ad435dc#

13. Änderungen im Insolvenzrecht

Durch die Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 sind zahlreiche Unternehmen (und Privatpersonen) in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Vor diesem Hintergrund wurden einige Änderungen im Insolvenzrecht vorgenommen. Hinzu kommt, dass auch der (persönliche) Kontakt zu Gerichten derzeit eingeschränkt ist, sodass verfahrensrechtliche Bestimmungen, etwa zur Abhaltung von Tagsatzungen, geändert wurden.

Die Änderungen durch das 1. und 2. COVID-19-JuBG im Bereich des Insolvenzrechts finden Sie zusammengefasst im beiliegenden Artikel von *Birgit Schneider* in der ÖJZ (**Beilage5**).

14. ECOVIS Update zu Härtefall-Fonds, Fixkostenzuschuss und Gewinnfreibetrag

Der Newsletter der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft ECOVIS widmet sich den aktuellen Entwicklungen im Bereich des Härtefall-Fonds, des Fixkostenzuschusses und des Gewinnfreibetrages. Unter nachfolgendem Link werden die wesentlichen Aspekte kurz zusammengefasst:

https://mcusercontent.com/8ddc7685973aa1160e3ab5a85/files/43ec5f76-c664-47ae-9e5a-8ef5b2667a6d/Update_H%C3%A4rtefallfonds_Fixkostenzuschuss_und_Gewinnfreibetrag.pdf

15. Studie erhebt Technikgebrauch bei Einsamkeit während der Pandemie

Internet, Videotelefonie und Social Media boten während der pandemiebedingten Ausgangsbeschränkungen vielen Menschen eine Möglichkeit, den sozialen Kontakt zu erhalten und das Leben zu organisieren. ForscherInnen in Graz wollen herausfinden, wie die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) während der Coronakrise in Österreich verwendet wurden, und suchen nach StudienteilnehmerInnen.

Digitale Technologien können die analoge Kommunikation auf Dauer nicht ersetzen, aber möglicherweise die soziale Isolierung für eine gewisse Zeit leichter erträglich machen.

"Wir wollen herausfinden, wie diese Technologien im Alltag clever und hilfreich genutzt werden konnten und zu alternsfreundlichen Lösungen geführt haben", erklärte Ulla Kribernegg, Sprecherin der "Age and Care Research Group Graz" den Fokus der späteren Grazer Auswertungen.

Die Gruppe ist österreichischer Partner einer internationalen Studie, die den Stellenwert der IKT im Kontext der Covid-19-Pandemie und deren Bedeutung in Bezug auf soziale Beziehungen, Isolation und Einsamkeit erhebt. Geleitet wird die Erhebung von der Open University in Großbritannien. Für Österreich suchen Franziska Großschädl vom Institut für Pflegewissenschaften der Med-Uni Graz und die Amerikanistin und Kulturwissenschaftlerin Ulla Kribernegg von der Uni Graz gemeinsam mit Kolleginnen der Uni Wien möglichst viele Personen als TeilnehmerInnen an der Online-Erhebung.

Zum Online-Fragebogen: <https://healthwellbeing.kmi.open.ac.uk/covid-19-technology-social-connections-loneliness-leisure-activities/>



16. ÖGfE Policy Brief: "The gender pension gap in Austria and Europe"

Die wirtschaftliche Situation von Frauen und ihre finanzielle Unabhängigkeit gerät aufgrund der Corona-Krise weiter unter Druck. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die vermehrte Übernahme von schlecht entlohnter und unbezahlter Pflegearbeit wird sich negativ insbesondere auf die Altersvorsorge auswirken. Selbst jetzt haben Frauen in der Europäischen Union im Durchschnitt um 30 Prozent niedrigere Pensionen als Männer. Vor diesem Hintergrund analysieren die Autorinnen des aktuellen Policy Briefs Beschäftigungs- und Einkommensungleichheiten, die zu künftigen geschlechterspezifischen Pensionsunterschieden führen können und formulieren Handlungsempfehlungen.

Mehr dazu: https://oefge.at/2020/06/gender-pension-gap-austria-europe/?utm_medium=email&utm_campaign=GfE%20Policy%20Brief%20The%20gender%20pension%20gap%20in%20Austria%20and%20Europe&utm_content=GfE%20Policy%20Brief%20The%20gender%20pension%20gap%20in%20Austria%20and%20Europe+CID_3b8fc2c4b088ca0e2bdf72043d387f3c&utm_source=&utm_term=Policy%20Brief

17. Handwerk und Gewerbe fordern stärkere Impulse

„Corona hat Schlaglöcher in die Wirtschaft gerissen. Jetzt benötigen wir die richtigen Bausteine zur Sanierung. Denn die Betriebe arbeiten derzeit nur auf halber Leistung, die so wichtigen Neuaufträge sind derzeit nicht in Sicht, weil sowohl Haushalte, als auch Gemeinden und Branchen wie der Tourismus verhalten agieren bzw. selber keine wirtschaftlichen Möglichkeiten haben“, sagt heute, Dienstag, Renate Scheichelbauer-Schuster, Obfrau der Bundessparte Gewerbe und Handwerk in der WKÖ.

Konkret wünscht sich Österreichs größte Arbeitgebersparte mit zuletzt 800.000 Beschäftigten und 46.000 Lehrlingen eine Neuauflage des Handwerkerbonus sowie die rasche Umsetzung der bereits im Regierungsprogramm angekündigten Maßnahmen. Dazu zählen u. a. der Reparaturbonus und Klima-Maßnahmen wie die Förderung von Photovoltaik-Anlagen (1 Million Dächer-Programm) sowie erhöhte Investitionsfreibeträge für energieeffiziente Neubauten. „Handwerk und Gewerbe hat den Lockdown und das Hochfahren gemeistert, jetzt geht es ums Weiterfahren“, so die Obfrau.

18. Deutschland: Corona-Warn-App kommt in wenigen Tagen

Im Kampf gegen das Coronavirus soll die lange geplante staatliche Warn-App für Smartphones in der kommenden Woche an den Start gehen. Die Anwendung soll dann vorgestellt und auch gleich zum Herunterladen angeboten werden. FOCUS Online klärt die wichtigsten Fragen zur Corona-App: https://www.focus.de/digital/handy/corona-warn-app-kommt-in-wenigen-tagen-alles-wichtige-ueber-die-corona-app_id_12078437.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_DIGITAL

19. Italien: Fast sechs von zehn BürgerInnen in Bergamo immun gegen Virus

Bei 57 Prozent von fast 10.000 getesteten BürgerInnen der Stadt Bergamo sind Antikörper gegen das Coronavirus nachgewiesen worden. Bei etwa 10.400 getesteten MitarbeiterInnen im Gesundheitswesen habe die Quote dagegen nur bei gut 30 Prozent gelegen, teilten die Behörden am Montag mit. Diese Diskrepanz dürfte an den massiven Schutzvorkehrungen beim medizinischen Personal und dessen dadurch kleinerer Infektionsrate liegen.

Die 120.000-EinwohnerInnen-Stadt Bergamo war vom Ausbruch des Virus in Italien besonders schwer getroffen worden. Die Region Lombardei, in der Bergamo liegt, hat laut der Johns-Hopkins-Universität allein rund 16.300 der insgesamt zirka 34.000 Coronavirus-Todesfälle in Italien zu beklagen. In Bergamo verlor im März und April praktisch jede Familie einen Angehörigen, der mit Coronavirus-Symptomen auf einer Intensivstation verstarb. Die Leichenhallen der Stadt waren zwischenzeitlich überfüllt, so dass die Armee Särge auf Krematorien in ganz Norditalien umverteilen musste.



20. Ab 16. Juni: Freies Reisen in 31 Länder

Reisen in die und aus den Nachbarländern nach Österreich sind seit Anfang Juni wieder möglich – bisher mit Ausnahme Italien. Mit den bereits gestern angekündigten Reiserleichterungen für Rückkehrer aus Kroatien, Italien und Griechenland ist nun der nächste Öffnungsschritt fixiert. Das Außenministerium kündigte am Dienstag an, dass die Beschränkungen für die Rückkehr aus dem Land nach Österreich am 16. Juni um 0.00 Uhr fallen werden. Wie nun bekannt wurde sind die Grenzen zu insgesamt 31 Staaten ab diesem Termin geöffnet. Dabei handelt es sich um: Andorra, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Island, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Monaco, Niederlande, Norwegen, Polen, Rumänien, San Marino, Schweiz, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Vatikanstadt und Zypern.

Ausgenommen von der Liberalisierung bleiben jedoch ausdrücklich Schweden, das Vereinigte Königreich, Spanien und Portugal.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3168926/> sowie <https://kurier.at/politik/ausland/grenzoeffnung-freies-reisen-nach-kroatien-ab-16-juni-moeglich/400935602>



Aus den Bundesländern

1. Beschränkungen in Vorarlberger Pflegeheimen aufgehoben

Die positive Entwicklung bei den Covid-19-Infektionszahlen lassen es zu, dass in Vorarlberg ab Donnerstag (Fronleichnam) wieder uneingeschränkt Besuche in den Pflegeheimen möglich sind. Das teilte die Landesregierung am Sonntag mit. Freilich müssen die allgemeingültigen Schutz- und Hygienemaßnahmen eingehalten werden. In welche Bereiche BesucherInnen Zutritt haben, liege in der Entscheidung des jeweiligen Heimträgers, so Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker in einer Aussendung. Die regelmäßigen Testungen der MitarbeiterInnen werden fortgesetzt. Es sei geplant, pro Quartal alle Heime einmal durchzutesten. Beim jüngsten Durchlauf waren sämtliche MitarbeiterInnen der Vorarlberger Pflegeheime negativ auf den Virus getestet worden.

2. OÖ: Mehr Bedarf an Sommerbetreuung: Gemeinden sollen Angebote erweitern

Rund 50 Prozent der Eltern haben während der Corona-Krise Urlaubstage verbraucht, um die Betreuung der Kinder gewährleisten zu können. Das gilt vor allem für Doppelverdiener-Haushalte und Beschäftigte ohne Möglichkeit, von zuhause aus zu arbeiten. Das geht aus einer Studie des Sora-Institutes hervor, die sich mit der Situation von Eltern während der Pandemie beschäftigt. Jeder vierte Elternteil schätzt, im Sommer nicht genug Urlaubstage für die Kinderbetreuung zu haben. Ebenso viele wissen nicht, wie sie die durchgängige Betreuung der Kinder im Sommer leisten sollen. Fast die Hälfte gibt an, sich keine externe Betreuung im Sommer leisten zu können.

Man rechne mit einem verstärkten Bedarf an Kinderbetreuung, sagte auch Landeshauptmann Thomas Stelzer. In Oberösterreich wird daher die Landesförderung für Gemeinden, die ihr entsprechendes Angebot ausweiten, erhöht. In welchem Ausmaß, sei noch offen, heißt es dazu aus dem Büro von LH-Stv. Christine Haberland. Zudem erhebe man derzeit, ob und wie die Gemeinden auf die geänderte Situation reagieren.

Das oberösterreichische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz umfasst eine Reihe von rechtlichen Möglichkeiten, wie Träger Angebote auch im Sommer setzen können. So können etwa Ferien in Betreuungseinrichtungen verkürzt oder sogar ganz ausgesetzt werden. Es ist rechtlich auch möglich, Kindergarten- und Volksschulkinder gemeinsam in alterserweiterten Gruppen zu betreuen oder Sommerhorte für Kinder bis zu 16 Jahren anzubieten. Für die Finanzierung dieser Angebote sind die Gemeinden zuständig. Bund und Länder fördern zwar, allerdings gibt es darüber, ob diese Förderungen ausreichen, Diskussionen.

3. Antikörpertest-Studie in Reichenau an der Rax

Rund 2.600 Tests sind geplant, bestätigte das Büro von Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig einen „Heute“-online-Bericht. Alle Hauptwohnsitzer der Marktgemeinde sind demnach aufgerufen, sich auf freiwilliger Basis einem Antikörpertest zu unterziehen. Die Teilnahme ist kostenlos. Bei dem Antikörpertest werden zwei Tropfen Blut an der Fingerspitze abgenommen, das Ergebnis soll bereits nach etwa 15 Minuten vorliegen. Bei der Studie soll auch die Häufigkeit von asymptomatischen Infektionen und damit die sogenannte Durchseuchungsrate in der Region erhoben werden.

Der Raum Reichenau an der Rax hatte Ende März einen Corona-Hotspot dargestellt und wurde daher für diese Studie ausgewählt. Zwischenzeitlich befanden sich 260 Personen in häuslicher Quarantäne. Positiv auf das Coronavirus getestet wurde unter anderem Bürgermeister Johann Döllner. Die Infektionskette ließ sich bis zu einer Probe des örtlichen Gesangsvereins zurückführen.



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden sowie Anfragen und Interna

1. Stadt Wien präsentiert Corona-Ausbildungspaket

Die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise treffen junge Menschen besonders hart. 172.646 Menschen waren im Mai in Wien arbeitslos. Im Vergleich zum Mai des Vorjahres ist das ein Plus von 57,2 Prozent oder 62.817 WienerInnen. Bei den 20- bis 24 Jährigen hat sich mit einem Plus von 8.550 Personen die Arbeitslosigkeit mehr als verdoppelt. Insgesamt sind 16.154 jungen WienerInnen in dieser Altersgruppe ohne Job. Bei den dem AMS gemeldeten Lehrstellen zeichnet sich ein Rückgang von 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Bürgermeister Michael Ludwig, Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke und Vizebürgermeisterin Birgit Hebein haben daher jetzt ein Wiener Ausbildungspaket ins Leben gerufen, das der waff umsetzt: „Wir wollen damit jungen Wienerinnen und Wienern das Fundament für eine gute berufliche Zukunft und echte Lebensperspektiven geben.“ Dafür nimmt die Stadt Wien 17 Millionen Euro in die Hand. Auch vom Bund, der für Arbeitsmarktpolitik zuständig ist, fordert die Wiener Stadtregierung zusätzliche Maßnahmen für junge Menschen.

Bei den Jugendlichen entwickelt sich derzeit nicht nur Arbeitslosigkeit verstärkt nach oben, auch die Lehrstellen reduzieren sich. Die Zahl der Lehrlinge ist zwar derzeit noch relativ stabil. Sie ist im Vergleich zum Mai des Vorjahres um 1,0 Prozent und damit auf 16.185 Lehrlinge zurückgegangen. Bei den dem AMS gemeldeten offenen Lehrstellen zeichnet sich jedoch ein Rückgang von 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Das sind um 481 gemeldete Lehrstellen weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Lehrstellensuchenden ist im Mai um 1.936 auf insgesamt 3.986 gestiegen. Das ist ein Zuwachs von 94,4 Prozent.

10 Mio. Euro für die überbetriebliche Lehrausbildung in Wien

Um die notwendigen zusätzlichen Ausbildungsplätze spätestens ab September 2020 zur Verfügung zu haben, braucht es eine Finanzierungssicherheit für das AMS, weil die Ausbildungseinrichtungen Zeit für den weiteren Ausbau der Platzkapazitäten brauchen. Die Stadt Wien tritt jetzt in Vorleistung und wird den bisherigen Finanzierungsbeitrag für die überbetriebliche Lehrausbildung in der Höhe von 6,7 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro aufstocken. In den nächsten Wochen wird der waff gemeinsam mit dem AMS Wien bereits Unterstützungsmaßnahmen zur bestmöglichen Vorbereitung der Jugendlichen auf die Lehre starten. Eine bessere Ausstattung der technischen Lerninfrastruktur, etwa durch den Ankauf von Tablets, soll damit ebenso finanziert werden, wie zusätzlicher Förderunterricht oder Vorbereitungskurse auf die Lehrabschlussprüfung.

7 Mio. für die Qualifizierung junger arbeitsloser WienerInnen

- **Qualifikationspässe für Bildungsscreening von mehr als 3.000 jungen arbeitslosen WienerInnen und Hilfe beim Nachholen von Lehrabschlüssen.**

Über die Hälfte der arbeitslosen WienerInnen zwischen 20 und 24 Jahren haben höchstens einen Pflichtschulabschluss. Konkret sind das 8.712 Jugendliche in dieser Altersgruppe. Sie sollen daher gezielt beim Nachholen von Lehrabschlüssen oder gleichwertigen Ausbildungen unterstützt werden. Das AMS Wien und der waff werden in einem ersten Schritt alle 18 bis 21-jährigen arbeitslosen WienerInnen, die keine abgeschlossene Ausbildung haben, einladen und ihnen den Qualifikationspass Wien anbieten. Der Qualifikationspass unterstützt und begleitet WienerInnen, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, Schritt für Schritt bis zu einem Ausbildungsabschluss, etwa den Lehrabschluss. In dem von einer speziellen Datenbank gestützten Dokument wird erfasst, welche Kompetenzen die betreffende Person bereits mitbringt, was das konkrete Ausbildungsziel ist, welche Qualifizierungsschritte in diese Richtung schon gesetzt wurden und welche noch offen sind. Die Beraterinnen und Berater von AMS Wien und waff können mit Hilfe dieses persönlichen Dokumentes auf einen Blick sehen, wo die betreffende Person steht und können punktgenau Unterstützungsmaßnahmen anbieten.



- **Jugendstiftung - Qualifizierung für Zukunftsberufe**

Trotz der aktuellen Krise am Arbeitsmarkt gibt es Branchen, die zusätzliche Arbeitskräfte brauchen. Das ist allen voran der Gesundheits- und Pflegebereich und der IKT Bereich. Dazu kommt, dass etwa zur Bekämpfung des Klimawandels ganz neue Berufe mit entsprechenden Qualifikationen gefragt sein werden. Der waff wird daher gemeinsam mit dem AMS Wien ein Modell für eine Arbeitsstiftung ähnlich den „Jobs PLUS Ausbildung“ entwickeln, wo er mit Branchen und Unternehmen, die spezielle Fachkräfte suchen, kooperiert und damit Arbeitssuchenden einen beruflichen Neustart ermöglicht.

- **Neue Ausbildungsbetriebe durch Ausbildungsverbände**

Ziel ist es, auch neue Betriebe für die Lehrausbildung zu gewinnen. Eine Möglichkeit dafür sind sogenannte Ausbildungsverbände. Sie haben den Vorteil, dass ein Betrieb, der in einem Beruf nicht alle Ausbildungsinhalte abdecken kann, die fehlenden Teile durch eine Kooperation mit anderen Betrieben anbieten bzw. sie am Bildungsmarkt ankaufen kann. Im Mittelpunkt steht dabei die Kooperation mit den überbetrieblichen Lehrausbildungseinrichtungen. So sollen deren räumliche und technische Infrastruktur, aber auch das Know-how der AusbilderInnen von den Betrieben im Ausbildungsverbund genutzt werden können.

2. Kärnten: BürgermeisterInnenkonferenz der Volkspartei stellt 7 Forderungen

Im Zuge einer BürgermeisterInnenkonferenz diskutierten VP-BürgermeisterInnen die aktuellen und durch die Corona-Krise auch akuten Probleme in den Kärntner Kommunen. Die BürgermeisterInnen formulierten dabei folgende 7 Forderungen:

- I. Mehr Autonomie herstellen im Sinne der Regionalisierung
- II. Freiheit beim Einsatz der BZ Mittel zur Liquiditätssicherung
- III. Größere Flexibilität bei Ausgaben mit mehr Spielraum durch die Aufsichtsbehörde
- IV. Eine Lösung für den Einbruch der Ertragsanteile
- V. Einfrieren der Landes-Umlagen auf dem Stand von 2019
- VI. Wegfall der Besteuerung auf interkommunale Aktivitäten
- VII. Beschleunigung des Breitbandausbaus zur Digitalisierung

3. CoV-Abwassercheck in Innsbrucker Klinik und Altersheim

Die meisten Infizierten sowie Menschen, die vor Kurzem eine CoV-Infektion überstanden haben, scheiden das Virus über ihren Stuhl aus. Seit mehreren Monaten arbeiten ForscherInnen deshalb daran, das Coronavirus im Abwasser von Kläranlagen nachzuweisen. Um noch gezielter an Ergebnisse zu kommen, ist seit 16. Mai im Keller der Innsbrucker Klinik ein automatischer Probennehmer eingerichtet, der alle fünf Minuten Abwasser abzapft, das von der Covid-19-Isolierstation an der Infektiologie stammt. Die ForscherInnen konzentrieren das gesammelte Abwasser in einer Zentrifuge im Labor und wenden dann die PCR-Methode an, um Virenbruchstücke nachzuweisen.

Ziel: Frühwarnsystem für Altersheime

Seit Kurzem sammeln die WissenschaftlerInnen zusätzlich Abwasser in einem Innsbrucker Altersheim. Es gibt auch seitens der Innsbrucker Sozialen Dienste großes Interesse daran, sich auf Gebäude zu konzentrieren, in denen Risikogruppen wohnen. Ziel ist es, über den Sommer ein Frühwarnsystem zu entwickeln, das dann im Herbst – sollte eine zweite Infektionswelle folgen – bereit ist.

Mehr dazu: <https://tirol.orf.at/stories/3051934/>



4. Gemeinderatswahl Steiermark: Appell an alle Wahlberechtigten vom Wahlrecht Gebrauch zu machen

Am 28. Juni 2020 finden die Gemeinderatswahlen in der Steiermark statt. Insgesamt sind 804.095 BürgerInnen aufgerufen die neuen GemeinderätInnen zu wählen. Die Gemeinderatswahlen haben für die Menschen eine besondere Bedeutung, da sie unmittelbare Auswirkungen auf ihr Lebensumfeld haben. Der Appell geht an alle betroffenen Wahlberechtigten, dass sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und zur Wahl gehen, denn jeder Wahlberechtigte entscheidet über den Weg und die Weiterentwicklung der Gemeinde in den kommenden fünf Jahren mit.

Für die Gemeinderatswahlen in der Steiermark wurden einige Formalitäten und die Hygiene-Regeln für den Urnengang fixiert. Das Büro der Landeswahlbehörde hat unter Einbindung des Gesundheitsministeriums, der Landessanitätsdirektion sowie des Gemeinde- und Städtebundes einen Hygiene-Leitfaden für die Gemeinde- und Sprengelwahlbehörden ausgearbeitet, um ein sicheres Wählen für alle Beteiligten zu ermöglichen. Demnach gilt in den Wahlgebäuden grundsätzlich Maskenpflicht, Desinfektion und Einwegkugelschreiber.

Wahlberechtigte Personen, die am Wahltag nicht in ihrem zuständigen Wahllokal wählen können, haben die Möglichkeit mit einer Wahlkarte: in einem beliebigen Wahllokal in der jeweiligen Gemeinde per Briefwahl im In- und Ausland oder auf zusätzlichen Antrag vor einer „fliegenden Wahlkommission“ zu wählen.

5. Steiermark: Corona-Krise und die Auswirkungen auf die Gemeinden

In der Steiermark gibt es aufgrund der Corona- Krise und deren Folgen zunehmend große wirtschaftliche Probleme für die insgesamt 287 Gemeinden. Durch die Rekordarbeitslosigkeit sinken die Ertragsanteile und die Einnahmen aus den Kommunalsteuern. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die Folgen: Geplante Projekte und Investitionen müssen gestoppt werden, darunter leiden regionale Betriebe. Die österreichischen Unternehmen werden im internationalen Vergleich von der Bundesregierung nicht großzügig unterstützt. Es fehlt auch an Unterstützung für die größten regionalen Auftraggeber, die Gemeinden. Die Gemeinden brauchen effektive finanzielle Unterstützung seitens der Politik. Diese muss dringend Maßnahmen setzen, um die regionale Konjunktur anzukurbeln.

Die drei Bürgermeister Josef Wallner (Deutschland), Helmut Leitenberger (Leibnitz) und Bernd Osprian (Voitsberg) begrüßen zwar Aktionen der Bundesregierung, jedoch müssen diese auch tatsächlich in allen Gemeinden ankommen. Das von der Bundesregierung geplante Gemeindeinvestitionspaket von insgesamt einer Milliarde Euro klingt gut, aber kann nicht von allen Gemeinden genutzt werden. Wichtige kommunale Projekte, die dadurch ausgelöst werden sollten, müssen zu 100 Prozent von der Gemeinde vorfinanziert und danach gibt es maximal bis zu 50 Prozent Zuschuss vom Bund. Gerade den finanzschwachen Gemeinden hilft das aber nicht. Diese können aufgrund ihrer mangelnden Liquidität durch die Krise diese Bundesförderungen nicht abholen. Bei der Umsetzung bei Projekten müssen mehr direkte Vergaben an regionale Firmen schnell und einfach an regionale Firmen durch die Anhebung der Schwellenwerte von 100.000 auf 300.000 Euro per Verordnung erhöht werden.

Das Aufrechterhalten der Liquidität größte Herausforderung für Gemeinde

Die Erhöhung des Kreditrahmes für Gemeinde hilft kurzfristig, aber dieser muss zurückbezahlt werden. Eine Möglichkeit, die Liquidität zu verbessern, wäre den Gemeinden die Umsatzsteuer für Investitionen in wichtige kommunale Infrastrukturen wie beim Bau von Schulen, Kindergärten oder Investitionen zurück zu erstatten. Das muss auch bei Investitionen in die Sicherheit wie beim Feuerwehrwesen gelten. Diese Maßnahme würde die Liquidität der Gemeinde stärken. Verschärfend für die Gemeinden kommt hinzu, dass ab 2021 eine Steuerreform in Kraft treten soll. Das Volumen dieser Reform soll 1,5 Milliarden Euro betragen. Davon sind aber die Gemeinden wieder negativ betroffen, da dies zu einer Kürzung der Ertragsanteile führt.



Direkte Förderung für Gemeinden

Die Bürgermeister fordern daher, die Gemeinden über einen Bewohner-Schlüssel direkt zu fördern, um die wichtigsten kommunalen Aufgaben erfüllen zu können.

Die Forderungen zusammengefasst:

- Die Gemeinden brauchen – anlog zum Beispiel aus Deutschland – direkte Bundesgelder zum Gemeindehaushalt
- Die Gemeinden brauchen bei Investitionen in kommunale Infrastruktur und Sicherheit eine Rückvergütung der Umsatzsteuer vom Bund
- Keine Kürzung der Ertragsanteile aufgrund der Corona-Krise und der bevorstehenden Steuerreform
- Schnelle und direkte Vergaben an regionale Betriebe müssen per Verordnung befristet ermöglicht werden

Zahlen und Fakten aus den drei Gemeinden

Leibnitz und geplante Projekte, die derzeit nicht finanzierbar sind

- Einnahmenentfall rund 2,5 bis 3 Millionen Euro (2020)
- Neuerrichtung Musikschule
- Sanierung Amtsgebäude und „Altes Kino“ (Kulturtreff)
- Sanierung und Ausbau in Kindergärten für die nächsten Jahre
- Investitionen in Generationenpark, Naturparkzentrum Grottenhof und Stadtkern
- In Summe rund 5,9 Millionen

Situation in Voitsberg auch angespannt

- Einnahmenentfall ca. 1,5 bis 2 Millionen Euro (2020)
- In Gefahr sind Projekte wie zum Beispiel Mikro ÖV, Zuzahlung zum öffentlichen Linienverkehr
- Die Aufrechterhaltung der Liquidität ist die größte Herausforderung für viele Gemeinden

Deutschlandsberg trifft es besonders hart

- Der Einbruch der monatlichen Vorschüsse auf die Gemeindeertragsanteile hat im Mai begonnen und im Juni voll durchgeschlagen. Für die Stadtgemeinde Deutschlandsberg bedeutet das laut Junimitteilung ein Minus von ca. 30 Prozent gegenüber dem Juni 2019 und Mai 2020.
- Die Mindereinnahmen gegenüber dem Juni 2019 betragen 199.257 Euro bzw. ca. 30 Prozent. Langfristig rechnet man voraussichtlich mit einer Verminderung der Ertragsanteile von 16 Prozent laut einer ersten Einschätzung der Abteilung 7.

6. 5G-Roboter in Linzer SeniorInnenheim misst Fieber und erinnert an Maske

Im Linzer SeniorInnenzentrum Spallerhof wird ab kommender Woche erstmals ein 5G-Roboter zum Einsatz kommen. Der "neue Mitarbeiter", wie ihn Leiterin Judith Stumpf in einer Pressekonferenz am Dienstag vorstellte, misst im Foyer den Besuchern Fieber und erinnert diese bei Bedarf daran, eine Maske aufzusetzen.

Der 1,18 Meter kleine, 20 Kilo leichte, autonome Roboter mit Android-Betriebssystem wird als Unterstützung für das Pflegepersonal gesehen. Ab Herbst sei eine Ausweitung der Anwendungen geplant. So soll er bei der Essenauslieferung helfen und bei der Dokumentation die Fachkräfte unterstützen, damit ihnen mehr Zeit für die Pflege bleibt. Die Akkus haben eine maximale Laufzeit von 16 Stunden.

Ein erstes "Blind Date mit einem Repräsentanten der Zukunft" habe es im Seniorenheim bereits gegeben, sagte Stumpf. Eine Bewohnerin meinte, "er sieht ein bisschen aus wie ein Klaus". Ein endgültiger Name steht noch nicht fest. Der Gesundheitsroboter als echte 5G-Anwendung fördere "das Verständnis für angewandte Digitalisierung", unterstrich Bürgermeister Klaus Luger die Bedeutung.



7. Vereinigte Bühnen Wien starten Spielbetrieb ab Herbst 2020

Die Sicherheit des Publikums steht an oberster Stelle. Aktuell arbeiten die Vereinigten Bühnen Wien mit GesundheitsexpertInnen und in enger Abstimmung mit den anderen Wiener Theatern an einem COVID-19-Präventionskonzept für alle Häuser der VBW, das dem Publikum ab Herbst trotz Auflagen ein sicheres und gleichzeitig komfortables Theatererlebnis garantieren soll. Dieses Präventionskonzept, das der Bezirksverwaltungsbehörde zur Bewilligung vorgelegt wird, bildet die Grundlage für die Wiedereröffnung des Spielbetriebs der Vereinigten Bühnen Wien im Bereich Musical und Oper.



Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

1. Europäische Kommission: neues Arbeitsprogramm 2020 aufgrund covid19

Am 27 Mai 2020 wurde der leicht angepasste Arbeitsplan veröffentlicht. Zeitgleich mit *recovery fund*, Mehrjährigem Finanzrahmen MFR und den Änderungsverordnungen der EU-Strukturfonds (*siehe ÖStB-covid19-newsletter#33,35*). Das Arbeitsprogramm enthält zeitliche Anpassungen, hält aber weitgehend an den im Jänner 2020 veröffentlichten Prioritäten neuer und anzupassender Rahmenstrategien und Legislativmaßnahmen fest. Die Maßnahmen, die für den Aufschwung Europas erforderlich sind, sollen Vorrang erhalten. Im Zentrum steht der Übergang in eine grüne und digitale Wirtschaft. Für den Aufschwung nach der covid19-Krise zählen für die Kommission die Strategie für intelligente Mobilität, den Digital Services Act, das Instrument für ausländische Subventionen und den Abbau von Bürokratie. Weitere wichtige Initiativen:

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------|
| -Veröffentlichung des Europäischen Klimapaktes (verschoben auf 4. Quartal 2020) | -Klimazielpfad für 2030 (weiterhin 3. Quartal) |
| -EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel (verschoben auf 1. Quartal 2021) | -8. Umweltaktionsplan (2. Quartal) |
| -Veröffentlichung der Renovierungsstrategie (weiterhin 3. Quartal) | -EU-Biodiversitätsstrategie (1. Quartal) |
| -Strategie für eine intelligente Sektorenkopplung (weiterhin 2. Quartal) | -Strategie für eine intelligente und nachhaltige Mobilität (4. Quartal) |
| | -Europäische KMU-Strategie (1. Quartal) |
| | -Aktionsplan zur Kapitalmarktunion (3. Quartal) |

KOM-PRESSE: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940

Neues Arbeitsprogramm: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted_en.pdf

2. Europäisches Parlament

Ausschüsse inkl. Abstimmungen bis auf weiteres mittels digitaler Fernteilnahme

8 Juni: Aussprache im Wirtschaftsausschuss (ECON) mit Präs der EZB Christine Lagarde über die Auswirkungen der covid19-Krise - AT Abgeordnete im ECON: Karas, Regner

8 Juni: Aussprache im Binnenmarktausschuss (IMCO) mit KOM Didier Reynders über das anlässlich von covid19 angepasste EU-KOM Arbeitsprogramm 2020 - AT Abgeordnete im IMCO: Gamon, Thaler, Schieder, Wiener

11 Mai: Bericht zur Änderung der RL über biologische Arbeitsstoffe 2000/54/EG: Änderung von Anhang III der zur Einstufung von **SARS-CoV-2** als biologisches Mittel, das Menschen infiziert – Frage der Klassifizierung in Risikogruppe 3 od 4 - KEINE AT Abgeordneten im EMPL (Beschäftigungsausschuss)

Mehr dazu: <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/home>



3. Europäische Zentralbank (EZB): Erhöhung des Pandemie-Notkaufprogramms auf 1,35 Billionen Euro

Die EZB hat ihr Pandemie-Notkaufprogramm zum vorübergehenden Erwerb von Wertpapieren des privaten und öffentlichen Sektors ausgeweitet: Das Volumen steigt von 750 Milliarden auf 1,35 Billionen Euro, die Laufzeit wurde bis mindestens Juni 2021 verlängert. Ziel ist, den wirtschafts- und geldpolitischen Risiken der covid-19-Krise entgegenzuwirken. Die EZB will sicherstellen, dass alle Wirtschaftssektoren von den unterstützenden Finanzierungsbedingungen profitieren können. (siehe auch ÖStB-covid-19-newsletter#28 zu BVerfG-EZB-Urteil)

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.mp200604~a307d3429c.en.html>
<https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2020/html/ecb.blog200605~oee256bcc9.en.html>

4. Rat der EU

Informelle MinisterInnentreffen und andere Sitzungen per Video:

12 Juni: BinnenmarktMin; GesundheitsMin; **15 Juni:** EnergieMin; **23 Juni:** UmweltMin; BildungsMin;
Ratsarbeitsgruppen finden virtuell statt; COREPER 1 & 2 jeweils *in persona*;

